



Suchergebnisse: Boykott

1859 – Bierboykott statt Straßenkrawall

München * Als der Münchner Magistrat den Schankpreis auf sechs Kreuzer je Mass festsetzt, reagiert die Bevölkerung mit einer neuen Form des Protests: Viele Menschen verzichten bewusst auf Bier. Die Münchner Stadtchronik berichtet: „Bei dem Eintritt des erhöhten Bierpreises ließ, wie wenn es allgemein verabredet gewesen wäre, der Bierkonsum mit einem Male auffallend nach. Die sonst am zahlreichsten besuchten Gastlokalitäten blieben spärlich besucht und waren sehr lange vor der Polizeistunde gänzlich leer. Es bildeten sich förmlich Bierenthaltungsvereine. [...] Arbeiter der großen, bei vierhundert Köpfe zählenden Maschinenfabrik von Maffei [verpflichteten sich] durch eigene Unterschriften, [bei] Eintritt des Feierabends kein Bier zu trinken, so lange die hohen Bierpreise bestünden.“ Der Boykott zeigt Wirkung. Mehrere Brauer und Wirte bieten ihr Bier schließlich unter dem amtlich festgelegten Preis an. Dennoch bleibt der Verbrauch deutlich niedriger als in den Vorjahren. Die Stadtchronik hält fest: „Aber dem ohngeachtet blieb die Bierkonsumtion im heurigen Winter gegen frühere Jahre bedeutend zurück, denn viele Hunderte hatten sich bereits daran gewöhnt, weniger Bier zu trinken.“ Anders als bei den früheren Bierkrawallen setzen die Münchner ihren Protest nun mit Konsumverzicht und wirtschaftlichem Druck durch.

1874 – Bierboykott mit Milch und Limonade

München * Im seit Jahren andauernden Bierpreisstreit greifen Münchner Arbeiter erneut zu einem wirkungsvollen Protestmittel: Ganze Belegschaften meiden jene Gaststätten, die den Preis für einen Liter Bier auf neun Kreuzer erhöhen. Zeitgenössisch ist noch häufig vom englischen „Strike“ die Rede. Genau genommen legen die Arbeiter ihre Arbeit jedoch nicht nieder, sondern organisieren einen gezielten Bier- und Wirtsboykott. Auch Maurer aus Haidhausen und Giesing schließen sich der Bewegung an. Sie versprechen auf Ehrenwort, so lange Milch statt Bier zu trinken, bis der Preis wieder auf acht Kreuzer sinkt. Münchner Zeitungen stärken die Durchhaltungsmoral der Boykottierenden und veröffentlichen sogar Rezepte für preiswerte Ersatzgetränke. Unter der Überschrift „An das durstige Publikum“ empfiehlt die „Volksstimme“ eine selbst hergestellte Brauselimonade: „Wer da glaubt, das Bier nicht entbehren zu können, der mache den Versuch: Kaufe bei einem Materialisten ungefähr für 18 Kreuzer Weinsteinensäure, um neun Kreuzer doppeltkohlensaures Natron, nehme zu einem halben Liter Wasser zwei Teile Natron, einen Teil Weinsteinensäure, und das billigste Selterswasser ist fertig. Um 27 Kreuzer hat



man eine ganze Woche Selterswasser – statt saurem Bier!“ Der organisierte Konsumverzicht zeigt einen Wandel der Protestformen: An die Stelle gewaltsamer Bierkrawalle tritt zunehmend der wirtschaftliche Druck auf Wirte und Brauer. Wer das Bier verteuert, soll darauf sitzen bleiben.

20. Juni 1874 – 25.000 Münchner beginnen den Bierboykott

München * Zu Beginn des Sommers erreicht der Bierpreisstreit einen neuen Höhepunkt. Am Morgen des 20. Juni beginnt ein groß angelegter Bierboykott. Nach Angaben der Zeitung „Zeitgeist“ beteiligen sich mindestens 20.000 bis 25.000 Männer. Sie meiden alle Gaststätten, die für einen Liter Bier mehr als acht Kreuzer verlangen. Die Aktion zeigt rasch Wirkung: Zahlreiche Wirte, deren Gäste überwiegend der Arbeiterschaft angehören, nehmen die Preiserhöhung zurück.

24. Juni 1874 – Ein Bierstreik als organisierter Verbraucherboykott

München * Auf der Titelseite seiner Ausgabe vom Mittwoch, dem 24. Juni 1874, ruft der „Zeitgeist“ unter der Überschrift „An die Arbeiter Münchens!“ dazu auf, den Boykott bis zu einem vollständigen Erfolg fortzusetzen: „Der am Morgen des 20. Juni von wenigstens 20–25.000 Männern begonnene Bierstreik hat bis heute bereits namhafte Erfolge zuwege gebracht. Eine erhebliche Anzahl von Wirten, bei denen die Arbeiter zahlreich zu verkehren pflegen, haben den Bierpreis, so wie gefordert, herabgesetzt. Dieser teilweise Sieg war ein über Erwarten rascher.“ Die Zeitung warnt davor, in der Entschlossenheit nachzulassen. Der Aufruf endet mit der eindeutigen Parole: „Kein Arbeiter darf auch fernerhin irgendwo ein Glas Bier trinken, wo der Liter mehr als acht Kreuzer kostet!“ Der sogenannte Bierstreik erweist sich damit als organisierter Verbraucherboykott. Statt die Arbeit niederzulegen oder gewaltsam gegen Brauereien vorzugehen, setzen die Münchner Arbeiter Wirte und Brauer durch gemeinsamen Konsumverzicht wirtschaftlich unter Druck.

21. Juli 1874 – Solidarität zwingt den Wirt zum Einlenken

München-Au * Der Bierboykott zeigt Wirkung. Der Wirt „Zum Bereiter Anger“ bietet den Arbeitern der Lederfabrik Seiler und Bromberger den Liter Bier zunächst für acht Kreuzer an. Alle übrigen Gäste sollen weiterhin neun Kreuzer bezahlen. Die Arbeiter lehnen diesen Preisnachlass für ihre eigene Gruppe ab. Sie erklären, den Boykott fortzusetzen, solange der niedrigere Preis nicht für sämtliche Gäste gilt. Daraufhin gibt der Wirt nach und senkt den Bierpreis allgemein auf acht



Kreuzer. Die „Süddeutsche Volksstimme“ würdigt am 21. Juli 1874 die solidarische Haltung: „Die Arbeiter erklärten jedoch, unter diesen Umständen den Streik aufrecht erhalten zu müssen. Der Wirt gab nun nach und verkauft jetzt durchgängig das Bier nur um 8 kr. Es ist sehr zu wünschen, dass andere Stände von diesem Gemeinsinn der Arbeiter lernen, statt wie bisher über diese loszuziehen.“ Der Vorgang macht deutlich, dass es den Arbeitern nicht nur um einen persönlichen Preisvorteil geht. Ihr gemeinsames Vorgehen soll eine Preissenkung für alle Gäste erreichen.

22. Juli 1874 – Arbeiter der Zentralwerkstätten setzen sich durch

München * Nach einem zehntägigen Bierboykott erzielen die Arbeiter der Zentralwerkstätten einen Erfolg. Der betroffene Wirt gibt ihrem wirtschaftlichen Druck nach und senkt den Preis für einen Liter Bier auf acht Kreuzer. Die Zeitung „Der Zeitgeist“ meldet knapp: „Die Arbeiter der Zentralwerkstätten haben nach zehntägigem Strike gesiegt, der Liter Bier kostet 8 Kr.“ Der Erfolg bestätigt die Wirksamkeit des gemeinsamen Konsumverzichts und bestärkt andere Arbeiter darin, den Boykott fortzusetzen.

23. Juli 1874 – Brauer drohen Wirten mit Lieferstopp

München * Die Münchner Brauer reagieren auf die Erfolge des Bierboykotts. Sie setzen Gastwirte unter Druck, die den Liter Bier bereits wieder für acht Kreuzer ausschenken. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Volksstimme“ drohen sie damit, diesen Wirten kein Bier mehr zu liefern. Einige Gaststätten müssen deshalb erneut neun Kreuzer verlangen: „Verschiedene Wirte, welche das Bier schon für 8 kr. gaben, mussten auf Drängen der Bräuer und die Drohung derselben, ihnen kein Bier mehr zu liefern, wieder den erhöhten Preis von 9 kr. verlangen.“ Damit verschärft sich die Auseinandersetzung: Die Arbeiter antworten mit Boykott, die Brauer mit wirtschaftlichem Druck auf die Wirte.

25. Juli 1874 – Bereits 43 Wirte senken den Bierpreis

München * Trotz des Widerstands der Brauer weitete sich der Bierboykott aus. Einer zeitgenössischen Meldung zufolge zwingt die Protestbewegung inzwischen 24 Wirte zum Einlenken. Insgesamt schenken bereits 43 Gaststätten den Liter Bier wieder für acht Kreuzer aus. Beim Streikkomitee gehen fortlaufend weitere Beitrittserklärungen ein: „Der Bierstrike der Arbeiter hat bis heute 24 Wirthe zur Kapitulation genöthigt. Die Gesamtzahl der Wirte, die das Bier zu 8 kr.



geben, beträgt bereits 43. Fast stündlich kommen neue Anmeldungen beim Strike-Comite.“ Der Bericht greift anschließend Gabriel Sedlmayr und eine Aktienbrauerei mit scharfer Polemik und einer antisemitischen Beschimpfung an. Diese Wortwahl verdeutlicht, wie sehr die Auseinandersetzung um den Bierpreis inzwischen von persönlichen Angriffen und antisemitischer Agitation überlagert wird.

1. Januar 1875 – Ein Kompromiss beendet den Bierkrieg

München * Nach jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern, Wirten und Brauern endet der Münchner Bierboykott. Der allgemeine Preis für einen Liter Bier pendelt sich bei achteinhalb Kreuzern ein. Damit liegt er zwischen den von den Arbeitern geforderten acht Kreuzern und den von zahlreichen Wirten verlangten neun Kreuzern. In gehobenen Gaststätten müssen die Gäste allerdings weiterhin deutlich mehr bezahlen: Dort kostet der Liter Bier bis zu zehn Kreuzer. Der gefundene Kompromiss beendet zwar den organisierten Protest, beseitigt jedoch nicht die Preisunterschiede zwischen den Münchner Wirtschaften.

Oktober 1893 – Die antisemitische Aktion „Kauft nicht bei Juden“

München * Im Deutschen Volksblatt wird die von den Antisemiten propagierte Aktion „Kauft nicht bei Juden“ mit dem Abdruck einer Liste jüdischer Geschäftsinhaber in München begleitet. Ziel ist dabei der Boykott der jüdischen Geschäfte durch die christlichen Konsumenten.

Oktober 1893 – Organisierter Boykott jüdischer Geschäfte

München * Der Antisemitismus in München nimmt eine neue Dimension an. Das antisemitische „Deutsche Volksblatt“ veröffentlicht eine Liste jüdischer Geschäftsinhaber der Stadt und unterstützt damit die Parole „Kauft nicht bei Juden“. Ziel der Kampagne ist es, christliche Kunden zum Boykott jüdischer Geschäfte zu bewegen. Die Aktion verdeutlicht, dass antisemitische Ausgrenzung in München bereits Jahrzehnte vor der NS-Herrschaft organisiert und öffentlich propagiert wird.

19. Oktober 1917 – Das russische Parlament wird aufgelöst

Petersburg * Das russische Parlament wird aufgelöst. Das neue republikanische



Vorparlament wird von den Bolschewiken boykottiert. Wladimir I. Lenin beschließt in der ZK-Sitzung der Bolschewiken den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Alexander Kerenski.

7. April 1919 – Die Mitglieder des Zentralrats rufen die Räterepublik Bayern aus

München * In der Nacht vom 6. auf den 7. April erfolgt im Wittelsbacher Palais mit Zustimmung von Vertretern der SPD, der USPD, der Gewerkschaften und des Revolutionären Arbeiterrates die Proklamation der Bayerischen Räterepublik. Dieser Vorgang wird als 3. Revolution, als Räterepublik des Zentralrats oder - von den Kommunisten - auch als Scheinräterepublik bezeichnet. Die Regierung Hoffmann hat sich - wahrscheinlich unter dem Einfluss der Parteileitung in Berlin - im letzten Moment gegen die Ausrufung entschieden. Durch den Boykott der Kommunisten und den Rückzug der SPD fallen den Mitgliedern des Revolutionären Arbeiterrats und der USPD eine Schlüsselrolle zu.

11. April 1919 – Die Betriebsräte sprechen der Räteregierung das Vertrauen aus

München-Graggenau * Auf einer Massenversammlung im Hofbräuhaus sprechen Erich Mühsam, Ernst Toller, Gustav Landauer und Max Levien. Ernst Toller gibt bekannt, dass die Entwaffnung der Bourgeoisie ebenso fortschreitet wie die Bewaffnung des Proletariats. Gustav Landauer verteidigt die Ausrufung der Räterepublik. Erich Mühsam bekennt sich zur ablehnenden Haltung der KPD zur sozialistischen Räterepublik, kritisiert aber ihren gegenwärtigen Boykott in aller Schärfe. Max Levien erklärt erneut, warum sich die KPD nicht an der Räteregierung beteiligt. Als Werner Fröhlich die Spaltung der sozialistischen Parteien verteidigt, kommt es zu Tumulten. Selbst KPD-Mitglieder wenden sich gegen die unversöhnliche Haltung ihrer Parteizentrale. Ein Antrag der Betriebsräte, der gegenwärtigen Räteregierung das Vertrauen auszusprechen, wird mit überwältigender Mehrheit angenommen. Erich Mühsam stimmt allerdings dagegen.

1933 – Die Aufgaben des Reichsfinanzhofes ändern sich

München-Bogenhausen * Die Aufgabe des Reichsfinanzhofes bestand während der Jahre von 1933 bis 1945 im Wesentlichen in der Weiterentwicklung der Steuergesetze und der Entwicklung des Steuerrechts im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Den Boykott jüdischer



Geschäfte, die Entziehung der Berufszulassungen von jüdischen Ärzten und die Entfernung jüdischer Beamten aus dem öffentlichen Dienst bezeichneten die Finanzrichter lediglich als „in steuerlicher Hinsicht irrelevante Belästigungen“. Mit ihren Urteilen nahmen die „furchtbaren Juristen von der Ismaninger Straße“ entscheidenden Einfluss an der Arierisierung jüdischen Vermögens. So mussten Juden, deren Wohnung von der Gestapo versiegelt wurden, nachdem sie ins Ausland geflohen waren, ein Viertel ihres Vermögens als Reichsfluchtsteuer zahlen.

30. März 1933 – Faulhaber rechtfertigt die Ausschreitungen gegen die Juden

München-Kreuzviertel - Chicago * Der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber rechtfertigt die Ausschreitungen gegen die Juden und schreibt dazu seinem Amtsbruder George Mundelein nach Chicago: „Die unwahren Berichte über blutige Greueltaten in Deutschland, die in amerikanischen und anderen ausländischen Zeitungen erschienen sind, und die Angriffe gegen die neue Regierung in Deutschland wegen ihres Kampfes gegen den Kommunismus, haben die deutsche Regierung veranlaßt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und vom 1. April ab den Boykott gegen alle jüdischen Geschäfte mit aller Strenge durchzuführen.“

1. April 1933 – Die NSDAP ruft zum reichsweiten „Judenboykott“ auf

Berlin * Die NSDAP ruft zum reichsweiten „Judenboykott“ auf. Über 600 jüdische Firmen in München werden boykottiert, „zum Schutz der Inhaber und zur Belehrung des Publikums durch Posten gesichert und durch Plakatierung gekennzeichnet“. Der reichsweite „Boykott jüdischer Geschäfte“ dauert bis zum 3. April an.

3. April 1933 – Die Herkunft der Cenovis-Werke wird hinterfragt

Gießen - München * Die Universitäts-Klinik Gießen richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und erkundigt sich, ob die Cenovis-Werke eine „christliche Firma“ seien. Die Anfrage steht im Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als die Herkunft und religiöse Zugehörigkeit von Unternehmern und Unternehmen zunehmend Gegenstand von Nachfragen und Ausgrenzung werden.



5. April 1933 – Ärger über einen Artikel gegen den Judenboykott

München-Kreuzviertel * Der Geistliche Dr. Alois Wurm, der gleichzeitig Herausgeber der Monatsschrift „Seele“ ist, wendet sich an Kardinal Michael von Faulhaber. Wurm hat einen Artikel gegen den „Judenboykott“ an eine bayerische Zeitung geschrieben, diese den aber nicht abgedruckt. Aus diesem Grund appelliert der Priester an Faulhaber, in der katholischen Presse zur Orientierung der Katholiken klare Aussagen zum Vorgehen gegen die Juden zu machen. Schließlich, so Wurm weiter, sei es mit der katholischen Lehre nicht vereinbar, wenn ein Mensch unschuldig, nur wegen seiner Rasse gehasst oder verfolgt werde. Scheinbar ist dem Kardinal der Ton des Geistlichen zu fordernd. Jedenfalls reagiert Michael von Faulhaber sehr ungehalten auf diesen Brief.

5. April 1933 – Die Cenovis-Werke werden vom NS-Boykott ausgenommen

München-Au * Das „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ der NSDAP nimmt zur Frage Stellung, ob die Cenovis-Werke von den Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte betroffen seien. In seiner Antwort kommt das Gremium zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für einen Boykott des Unternehmens nicht gegeben seien und die Cenovis-Werke deshalb nicht unter den reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 fielen. Die Anfrage verdeutlicht den wachsenden politischen Druck und die zunehmende Diskriminierung von Unternehmern jüdischer Herkunft in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft.

7. April 1933 – Die IHK München nimmt zur Eigentümerstruktur der Cenovis Stellung

München * Die Industrie- und Handelskammer München beantwortet die Anfrage der Universitäts-Klinik Gießen zur Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke. In ihrer Stellungnahme erklärt sie, dass sich das Kapital des Unternehmens sowohl in christlichen als auch in jüdischen Händen befinde. Die Korrespondenz verdeutlicht, wie bereits wenige Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die Herkunft und Religionszugehörigkeit von Unternehmern und Anteilseignern zum Gegenstand offizieller Anfragen werden.

8. April 1933 – Faulhaber erklärt sich als nicht zuständig für die Juden

München-Kreuzviertel * In seinem Antwortschreiben an den Geistlichen Dr. Alois Wurm erklärt



sich Kardinal Michael von Faulhaber gleich im ersten Satz als nicht zuständig, sich für Juden einzusetzen und fordert im Gegenzug Dr. Wurm zum Handeln auf. Natürlich findet auch er, dass „dieses Vorgehen gegen die Juden [...] derart unchristlich [ist], daß jeder Christ, nicht bloß jeder Priester, dagegen auftreten müsste“. Aus Faulhabers Sicht bestehen aber für die „kirchlichen Oberbehörden [...] weit wichtigere Gegenwartsfragen; denn Schule, der Weiterbestand der katholischen Vereine, Sterilisierung sind für das Christentum in unserer Heimat noch wichtiger, zumal man annehmen darf, und zum Teil schon erlebte, daß die Juden sich selber helfen können, daß wir also keinen Grund haben, der Regierung einen Grund zu geben, um die Judenhetze in eine Jesuitenhetze umzubiegen. Ich bekomme von verschiedenen Seiten die Anfrage, warum die Kirche nichts gegen die Judenverfolgung tue. Ich bin darüber befremdet; denn bei einer Hetze gegen die Katholiken oder gegen den Bischof hat kein Mensch gefragt, was man gegen diese Hetze tun könne. Das ist und bleibt das Geheimnis der Passion“.

11. Mai 1933 – Nationalsozialistischer Druck verändert die Führung der Löwenbräu AG

München-Maxvorstadt * Im Vorstand der Löwenbräu AG werden die zunehmenden Angriffe der nationalsozialistischen Machthaber auf das Unternehmen erörtert. Befürchtet werden der Verlust städtischer und staatlicher Lieferaufträge sowie mögliche Boykottmaßnahmen. Infolge des politischen Drucks stellen mehrere jüdische Vorstandsmitglieder ihre Mandate zur Verfügung. Joseph Schüle in zieht sich auf sein Gut Kaltenberg zurück. Dr. Hermann Schüle in bleibt aufgrund seiner herausragenden fachlichen Bedeutung zunächst Mitglied des Vorstands, muss jedoch den Vorsitz des Unternehmens aufgeben.

15. Mai 1933 – Den Nationalsozialisten sind die Kaufhäuser ein Dorn im Auge

Berlin * Den Nationalsozialisten sind die Kaufhäuser als „Prototypen wurzellosen kapitalistischen Gewinnstrebens“ ein Dorn im Auge. Adolf Hitler erlässt eine „Errichtungs- und Erweiterungssperre für Warenhäuser“. Die Gewerbesteuer für solche Unternehmen verdoppelt sich in dieser Zeit. Vor den Kaufhäusern verteilen Nazis Flugblätter mit Boykottaufrufen. Sprechchöre verkünden: „Wer im Warenhaus kauft, ist ein Lump!“ Selbst die Kaufhaus-Verkäuferinnen sind von den braunen Machthabern nicht gerne gesehen, weil die materielle Abhängigkeit von männlichen Vorgesetzten und der stete Kontakt mit einem anonymen Publikum ihre Tugend überfordern könnte. Außerdem verlockt die Atmosphäre der Kaufhäuser zu „Vergnügungs- und Putzsucht“. Vor allem aber fürchtet die NSDAP, dass sich durch diesen neuen Frauenberuf die „selbstbewusste, unabhängige, arbeitende Frau“ emanzipieren und „Mutterschaft und Haushalt“



nicht mehr als das erstrebenswerte Ziel ansehen könnte.

3. Dezember 1933 – Michael von Faulhabers Adventspredigt in der Michaelskirche

München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber hält seine Adventspredigt in der Michaelskirche. Darin weist er darauf hin, dass sich in der deutschen Kultur seit dem frühen Mittelalter zahlreiche Einflüsse aus dem Alten Testament, also aus der jüdischen Kultur, finden: „Im Besonderen verdanken die menschliche Kultur und christliche Religion dem Alten Testament einen reinen und erhabenen Gottesgedanken.“ Und weiter: „Wir müßten unsere deutschen Klassiker Lügen strafen, wollten wir das Alte Testament mißachten und aus den Schulen und Volksbüchereien verbannen. Wir müßten die Geistesgeschichte unseres Volkes verleugnen.“ Über die Juden sagt er: „Bei keinem anderen Volk findet sich eine solche Schriftenreihe, worin so klar, so bestimmt, so einheitlich die Grundwahrheiten des religiösen Lebens dargeboten werden.“

Diese und noch andere Worte des Respekts machte er zunichte mit den dann kommenden Sätzen: „Nach dem Tode Christi wurde Israel aus der Offenbarung entlassen. Sie hatten die Stunde der Heimsuchung nicht erkannt. Sie hatten den Gesalbten des Herrn verleugnet und verworfen, zur Stadt hinausgeführt und ans Kreuz geschlagen. Damals zerriß der Vorhang im Tempel auf Sion und damit der Bund zwischen dem Herrn und seinem Volk. Die Tochter Sion erhielt den Scheidebrief, und seitdem wandert der ewige Ahasver ruhelos über die Erde.“ Mit solchen Schuldzuweisungen und Verleumdungen geht es weiter. Faulhaber spricht immer wieder von den Israeliten, auf denen der Zorn Gottes ruhe. Solche Worte sind in normalen Zeiten schon bedenklich. In Zeiten, in denen staatlich verordnete „Judenschelte“ und Boykottmaßnahmen an der Tagesordnung, in denen Verhaftungen, Beschimpfungen, ja sogar Morde nichts Außergewöhnliches sind, verschlimmern solche Worte die Situation nur noch.

1981 – Skandal um Rosie

München * Die bayerische Rock'n'Roll-Band Spider Murphy Gang verarbeitet die Situation der Sperrbezirks-Verordnung und der Verdrängung der Prostitution an den Stadtrand in ihrem Album „Dolce Vita“. Der ausgekoppelte Song „Skandal um Rosie“ verkauft sich über 750.000 Mal und ist der einzige Nummer-Eins-Hit der Band. Das Lied handelt von einer fiktiven Münchner Sexarbeiterin namens Rosie, die den Prostituierten außerhalb des Münchner Sperrbezirks die Freier wegnimmt. Der Bayerische Rundfunk boykottiert das Lied, da im Refrain „Und draußen vor der großen Stadt, steh'n die Nutten sich die Füße platt“, das Wort „Nutt“ vorkommt. Auch in der ZDF-Hitparade wird der Song nicht gespielt, da Dieter Thomas Heck dies nicht will. Das Lied ist ihm „zu heiß“. Im Gegensatz dazu nehmen die Sender außerhalb von Bayern keinen



Anstoß daran.
